

Späte Entschädigung

50 Jahre nach dem ersten französischen Atombombentest

Suzanne Krause*



Rechtzeitig zu Weihnachten, am 22. Dezember 2009, haben die Abgeordneten in Nationalversammlung und Senat das Gesetzesprojekt zur Anerkennung und Entschädigung der Opfer der französischen Atomtests endgültig verabschiedet, die *Loi Morin*.

Fast wirkt da diese *Loi Morin*, so benannt nach ihrem Autor, dem Verteidigungsminister Hervé Morin, wie ein Weihnachtsgeschenk für die selbsternannten „Veteranen der Atomtests“: all die, die auf einer französischen nuklearen Experimentierbasis beschäftigt waren. „Diesem Gesetz ist es zu verdanken“, lobt Hervé Morin den Text, „dass Frankreich nunmehr großzügig Anerkennung leistet. Endlich kann ein Kapitel der Geschichte unseres Landes würdevoll beendet werden.“ Das Gesetz böte eine Antwort betreffs „des Gefühls von Ungerechtigkeit, dass Frauen und Männer empfinden, die alles gaben, um es unserem Land zu ermöglichen, sich der tollen Herausforderung der Atomkraft zu stellen“.

Unter den Betroffenen jedoch stimmt keiner in den Jubel des Verteidigungsministers ein. Für sie ist dieses „Weihnachtsgeschenk“ alles andere als großzügig und keineswegs ein Schlusspunkt. Gerade mal ein Etappensieg bei ihrem Kampf um „Wahrheit und Gerechtigkeit“. Unter diesem Motto haben sich 2001 zwei Vereine formiert: Zum einen in Lyon die *Association des Vétérans des essais nucléaires* (AVEN), der hauptsächlich ehemalige Militärs angehören; zum anderen in Papeete *Moruroa e Tatou*, ein Zusammenschluss polynesischer Arbeiter. Beide zählen heute je über 4000 Mitglieder. Der unermüdlichen Lobbyarbeit der beiden Organisationen ist es zu verdanken, dass es überhaupt zum Gesetz kam. An Vorläuferinitiativen mangelt es keineswegs: Im vergangenen

Un long combat

L'auteur revient sur la loi Morin, votée par les parlementaires français de l'Assemblée Nationale et du Sénat le 22 décembre 2009, en vue d'indemniser les victimes d'irradiation après les 210 essais nucléaires français menés entre 1960 (en Algérie) et 1996 (en Polynésie).

Les associations de victimes ont mené un long combat, souvent difficile, pour prouver devant les tribunaux un lien entre les expositions aux rayons nucléaires et les maladies constatées après les essais. Si le ministre de la Défense Hervé Morin salue le vote de cette loi, près de cinquante ans après les premiers essais et après 18 projets de loi, l'Association des Vétérans des essais nucléaires (AVEN) et celle des travailleurs polynésiens *Mururoa e Tatou* à Papeete (qui comptent ensemble plus de 4000 adhérents) parlent seulement d'une victoire d'étape. On estime à 150 000 le nombre de personnes employées tout au long de cette phase d'expérimentation nucléaire sur les deux sites. Suzanne Krause donne la parole à plusieurs victimes qui entendent poursuivre le combat, afin que le Parlement vote « dans quelques mois ou quelques années » une réforme qui apporte entière satisfaction à toutes les victimes.

Réd.

* Suzanne Krause lebt als freie Journalistin in der Nähe von Paris.

Jahrzehnt wurden insgesamt achtzehn Gesetzesvorhaben vorgelegt, vor allem von linken Politikern, an die sich die „Atomtestveteranen“ gewandt haben. Gemeinsam ist diesen Texten: Alle landeten in der Schublade. Darunter auch der Text, den Hélène Luc, damals noch für die Kommunisten im Senat, 2003 einbrachte. Die Senatorin, mittlerweile in Rente, bleibt hartnäckig: Im Juni 2008 pr esentiert sie eine Initiative, der sich Politiker quer durch alle Parteien angeschlossen haben. Ein solch geeintes Vorgehen hat Seltenheitswert, ist aber dringend notwendig, erläutert Hélène Luc: *„Mit unserer Initiative wenden wir uns jetzt an die französische Bevölkerung.“* Mit einer Petition wollen sie Druck machen, *„denn die Abgeordneten und vor allem die Regierung weigern sich, das Gesetzesvorhaben zur Anerkennung und Entschädigung der Atomtestopfer auf die Tagesordnung zu setzen“*. Der Druck wirkt: Der Verteidigungsminister pr esentiert Anfang 2009 sein Gesetzesprojekt. Laut Artikel 1 wird hier den Opfern die *„vollständige Wiedergutmachung“* der erlittenen Schäden versprochen.

Verstrahlte Helden

Ein Rückblick: Zwischen 1960 und 1996 führt Frankreich insgesamt 210 Nuklearwaffentests durch, darunter 50 oberirdische Zündungen. Anfangs in der algerischen Sahara, ab 1966 dann im  berseedepartement in Polynesien, in der Südsee. Im Laufe der dreieinhalb Jahrzehnte sind schätzungsweise 150 000 Personen auf den beiden Testbasen tätig. Zahlen, die das Verteidigungsministerium erst vor wenigen Jahren herausr uckt. Dank der Lobbyarbeit von AVEN und *Moruroa e Tatou*.

Gérard Dellac gehört AVEN an. Der Rentner ist Zeuge eines historischen Augenblicks: Am 13. Februar 1960 ist er als Wehrpflichtiger in der algerischen Sahara an vorderster Front: *„Als die allererste Atombombe gezündet wurde, mussten wir uns in der Wüste in den Sand setzen, den Rücken zur Explosion. Und als der Atomblitz vorbei war, sollten wir wieder aufstehen und uns den Atompilz anschauen.“* Ausgerüstet waren sie lediglich mit weißen Schutzanzügen aus leichtem Segeltuch, Handschuhen und Gasmasken, die noch aus den

Beständen des Zweiten Weltkriegs stammten. Zwei Tage nach der Explosion befiehlt Dellacs Vorgesetzter, ihn zum Bombenkater zu fahren: Der Offizier will dort die französische Flagge hissen,



mitten auf verstrahltem Gelände. Kaum dort angelangt, werden sie sofort von der Besetzung eines Hubschraubers zur uckgescheucht. In der Basis muss Gérard Dellac zur Dekontaminierung. *„Ich musste immer wieder unter die Dusche und jedesmal schlug der Geigerzähler wild aus. Man fand Radioaktivität in meinen Haaren.“* 24 Stunden blieb er in der Dekontaminierung; alle zwei Stunden musste er unter die Dusche: *„Aber wie viel Radioaktivität ich abbekommen habe, das hat man mir nie mitgeteilt.“* Eine medizinische Nachbetreuung erhält Gérard Dellac nie. Nach einem Jahr Dienst in der Sahara kehrt der Wehrpflichtige nach Frankreich, ins zivile Leben zurück. Stolz, am Atomabenteuer teilgenommen zu haben. Als ihm einige Zeit später die Haare büschelweise ausfallen, schiebt er das anfangs auf den Tropenhelm, den er in der Wüste trug. Doch das ist nur der Beginn einer langen Leidensgeschichte.

Gérard Dellac, heute Ende sechzig, wirkt wie vorzeitig gealtert. Seine Gesundheitsprobleme beginnen Ende 1991: *„Zuerst haben sie mir das linke Ohr abgeschnitten, auf dem bin ich nun taub. Und danach trat ein Hautkrebs im Gesicht auf: alle drei Monate müssen nun Hautpartien im Gesicht mit Karbonschnee ver etzt werden.“* Trotz unzähliger Eingriffe und Behandlungen lässt sich der Hautkrebs nicht besiegen. Resigniert berichtet Gérard Dellac: *„Ich habe schon viermal gegen die Armee geklagt, um das als berufsbedingte Krankheit anerkannt zu bekommen. Doch die Prozesse enden alle gleich: es heißt, der Hautkrebs habe nichts zu tun mit meinem Dienst auf der Atomtestbasis.“*

Florence Bourrel trägt von ihrem Einsatz auf der Atomtestbasis in Mururoa, wo sie 1982 und ’83 insgesamt sechseinhalb Monate als junge

Sekretärin beim staatlichen Kommissariat für Atomenergie arbeitet, einen Schilddrüsenkrebs davon. Ebenso wie einen chronisch überhöhten Blutdruck und weitere gesundheitliche Probleme. Dabei hat Florence Bourrel nie einen Bombenversuch direkt mitbekommen. Lange Zeit versteht die ehemalige Sekretärin nicht, warum ihre Gesundheit verrückt spielt. Bis sie Kontakt aufnimmt mit dem Verein der Atomtestveteranen. Dabei entdeckt sie, dass alle ihre Gesundheitsprobleme auf der amerikanischen Referenzliste möglicher Strahlenerkrankungen stehen.

AVEN verarbeitete die Krankengeschichte der ersten tausend Mitglieder in einer statistischen Erhebung: Die Krebsrate der selbsternannten Atomtestveteranen liegt dreimal höher als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung, berichtet Bourrel: *„Natürlich versammelt der Verein sehr viele, die krank sind. Man könnte sagen: die Veteranen treten dem Verein bei, weil sie krank sind.“* Verglichen mit der Gesamtbevölkerung erhöhe das natürlich den Prozentsatz der Kranken, gibt sie zu. *„Aber wir alle leiden an denselben Krankheiten und das wirft doch Fragen auf.“*

Eine Frage hat Florence Bourrel für sich beantwortet: wo ihre vermutliche radioaktive Verseuchung herkommt. Sie und alle anderen haben häufig in der Lagune gebadet, dort wo die Atomtests durchgeführt wurden: *„Manchmal haben wir Wasser geschluckt. Ich denke, ich habe mich beim Baden verseucht, oder als ich Lebensmittel aß, die verstrahlt waren.“*

Die Mär von den sauberen Tests

Gérard Dellac, Florence Bourrel und unzählige Schicksalsgenossen stoßen mit ihrer Forderung nach Wiedergutmachung lange Jahre auf taube Ohren. Kein Wunder. 1997 erstellt Christian Bataille für das Parlament einen Bericht zu den eventuellen Folgen der Atomtests. Dafür reist der sozialistische Abgeordnete, Befürworter der Atomkraft Frankreichs, extra nach Polynesien. Und brüstet sich noch 2005 mit seinem Bad in der Lagune. *„Ich habe auch die gesundheitlichen Folgen der Atomtests untersucht“*, resümiert der Politiker. Im Rahmen seiner Ermittlungen traf Bataille auch einen Verein in Tahiti, *„der über die angebliche*

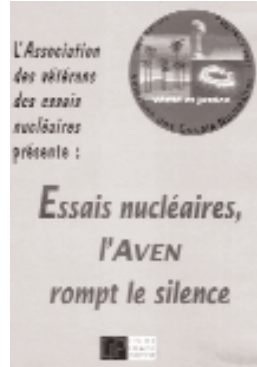
Verstrahlung ehemaliger polynesischer Arbeiter bei den Atomtests klagte“. Doch man habe *„in Wirklichkeit niemals nachweisen können, dass Arbeiter bei den Atomversuchen oder beim*

Handhaben von radioaktivem Material verstrahlt worden sind“, kommentiert der Sozialist.

Als 2003 Jacques Chirac als Staatspräsident drei Tage in Polynesien weilt, erwarten ihn dort die Mitglieder von *Moruroa e Tatou* mit Transparenten und Sprech-

chören, um auf ihre Gesundheitsprobleme aufmerksam zu machen. Dennoch versichert der französische Staatschef vor seiner Rückreise: *„Die Atomtests haben keine Auswirkungen auf die Gesundheit, die medizinisch nachgewiesen werden können. Sollte jedoch irgendetwas vorliegen, werden wir natürlich voll zu unserer Verantwortung stehen.“* Immerhin ordnet Chirac an, dass die Ministerien für Gesundheit und für Verteidigung eine gemeinsame Schaltstelle einrichten. Die soll die gesundheitliche Überwachung derjenigen, die bei den Atomtests beschäftigt waren, koordinieren.

Die selbsternannten Atomtestveteranen wollen mehr. Sie verlangen: Wahrheit und Gerechtigkeit. Eine Forderung, für die sie immer wieder auf die Straße gehen. Die Medien haben sie bald auf ihrer Seite. In mehreren Fernsehdokumentationen wird nach und nach der Schleier des militärischen Geheimnisses gelüftet, der Jahrzehnte über allen Details der Atomtests lag. Und die Atomtestopfer verlassen sich nicht darauf, dass der Staat die Dinge nun richten werde. Vierzehn AVEN-Mitglieder reichen 2004 Klage gegen Unbekannt ein und erwirken die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens. Vertreten werden die Kläger von Jean-Paul Teissonnière. Im Pariser Büro des Anwalts stapeln sich auch heute noch die Akten der Atomtestopfer. In den vergangenen acht Jahren hat er über einhundert Fälle vor Gericht gebracht, um eine Anerkennung der Strahlenschäden als Berufskrankheit durchzusetzen. Mehrere hundert weite-



re Akten seien in Bearbeitung, meint Teissonnière: „Die beiden Vereine der Atomtestopfer zählen jeweils mehrere tausend Mitglieder. Da bleibt noch viel zu tun.“ Das neue Entschädigungsgesetz gilt dem Juristen zwar als ein Meilenstein – der aber noch vehemente Mängel habe.

Etappensieg statt endgültiger Regelung

Die Atomtestveteranen verlangen einen Entschädigungsfonds für die Opfer, plädieren für eine gesammelte und großzügige Bearbeitung der vielen Fälle. Die *Loi Morin* sieht eine Einzelfallregelung nach sorgfältiger Prüfung durch eine Kommission vor – zu der Vertreter der Opfervereine keinen Zugang haben. Entschädigt wird nur, wer bestimmten Kriterien entspricht. Ein Beispiel: Laut der Regierung hätten nur vier der 210 Atomtestversuche nennenswert radioaktiven *Fallout* produziert. So wurde ein strikter zeitlicher und geographischer Rahmen für Ansprüche auf Wiedergutmachung gesetzt.

Ein zu strikter Rahmen, moniert Abraham Béhar. Béhar leitet seit langen Jahren die französische Sektion der Organisation *Ärzte gegen den Atomkrieg*. Und er liefert ein konkretes Beispiel: die Liste der Strahlenkrankheiten. Seit dem GAU in Tschernobyl sei sich die ganze Welt einig, dass einige Formen von Schilddrüsenkrebs strahlenbedingt sind, hält Béhar fest. So stünde auch der Schilddrüsenkrebs beim französischen Gesetz auf der Liste. Doch die Regierung hat hinzugesetzt: „Berücksichtigt werden nur die Fälle von Schilddrüsenkrebs, bei denen jemand als Kind oder als Jugendlicher erkrankte.“ Damit aber würden alle Veteranen ausgeschlossen. Dem Atomkritiker zeigt dieses Beispiel, welcher Geist im Gesetzestext steckt: „Im Detail geht es darum, so viele Entschädigungsanträge wie möglich ablehnen zu können.“

Roland Oldham, Präsident des polynesischen Opfervereins *Moruroa e Tatou*, beklagt ein weiteres Manko der *Loi Morin*: die Auswirkungen der Atomtests auf die Umwelt bleiben komplett außen vor. Für die Polynesier jedoch, hält er fest, sei die Erde, die Natur, die Mutter, die sie alle ernährt: „Für unsere Logik ist es völlig unverständlich, dass man mit dem Gesetz nun den kranken

Menschen helfen will, aber nicht der nährenden Mutter, die ebenso krank ist“, fasst Oldham zusammen.

Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben schon vor Jahren Gesetze zur Entschädigung von Atomtestopfern verabschiedet. Dass Frankreich nun überhaupt nachzieht, schiebt Abraham Béhar auch auf die neue geopolitische Lage. Solange George Bush Amerikas Atomdoktrin verfocht, konnte Frankreich ungestraft denselben Kurs fahren, kommentiert der enga-



gierte Atomkritiker.

„Schon bevor Obama gewählt wurde, spürte der französische Staatschef, dass der Wind drehte.“ Heute seien die Dinge klar: Frankreichs Haltung stehe in hartem Kontrast zu den konkreten nuklearen Abrüstungsverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland. „Dabei wird vor allem das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens zwischen diesen beiden Mächten in Frage gestellt.“

Darauf aber basiert die Pariser Doktrin der nuklearen Abschreckung, erinnert Béhar. Und dieses Dogma stehe im Land weiterhin nicht zur Diskussion. Laut dem Präsidenten der französischen Ärzte gegen den Atomkrieg sei die Ankündigung der Pariser Regierung, der atomaren Abrüstung wirklich zuzustimmen, ein reines Lippenbekenntnis. Da diene das künftige Gesetz zur Anerkennung der Atomtestopfer international als eine Art Feigenblatt. Die ersten Entschädigungsanträge könnten ab Mitte Februar bearbeitet werden, schätzt Jean-Paul Teissonnière, der Anwalt der Atomtestopfer.

Derzeit brüdet die staatliche Kommission noch am Dekret mit den exakten Rahmenbedingungen. Für die „Atomtestveteranen“ geht der Kampf weiter, hält Maître Teissonnière fest: „Kein Gesetz ist in Marmor gemeißelt und es ist vorstellbar, dass in einigen Monaten, in einigen Jahren das Parlament mit einer Reform die Opfer mehr zufriedenstellt.“